

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Abonnementspreis: Die neunmal gepaltene Monatsbeilage über deren Raum 0,30 RM, für Familien-
angehörige 0,20 RM, für die Reichsgebiete einschließlich an den bezugsberechtigten Teilnehmern 1,25 RM.
Anzeigenpreis: Die Anzeigenzeitung kostet bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-III, Güterbahnhof-
straße 2 / 10, „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer
Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang Mittwoch, den 1. Dezember 1926 Nummer 268

Gegen Koalitionsfischacher!

Erklärung der Kommunisten zur Wahl des Ministerpräsidenten

In der gestrigen Sitzung des Sächsischen Landtages sollte die Wahl des Ministerpräsidenten erfolgen. Um Zeit zu gewinnen, den Schacher zur Bildung einer Koalitionsregierung in Ruhe forschen zu können, gestatteten die bürgerlichen Parteien den ersten Wahlgang ergebnislos. Die einzelnen Koalitionen schlugen ihre Vorsitzenden als Kandidaten für den Ministerpräsidenten vor. Für den Vorschlag der SPD, Hermann Fleißner, stimmten nur die Kommunisten und Sozialdemokraten. Fleißner erhielt 14 Stimmen. Die bürgerlichen Stimmen entfielen auf Blüher, Kaiser, Wirth, Feidt und v. Müde. Da jedoch kein Wahlvorschlag die unbedingte Mehrheit von 48 Stimmen erreichte, war der erste Wahlgang erfolglos. Die Bemühungen der Bürgerlichen, mit den Sozialisten zu einer bürgerlichen Koalitionsregierung zu kommen, werden jetzt fortgesetzt. Der Eintritt in die Wahlhandlung gab die KPD-Fraktion durch den Abgeordneten Siebert folgende Erklärung ab:

Die Kommunistische Partei wird gemäß den Beschlüssen ihrer Zentralkomitees und ihres Landesvorstandes und auf Grund der im Wahlaufsatz der KPD enthaltenen Forderungen für den sozialdemokratischen Ministerpräsidentenkandidaten kämpfen.

Zur Begründung ihrer Stellungnahme erklärt die kommunistische Fraktion vor der Arbeiterklasse:

Die von uns angetragene Partei führt den Kampf der Arbeiterklasse um ihre Befreiung von der kapitalistischen Ausbeutung, um den Sozialismus. Dieser Kampf kann erfolgreich geführt werden nur nach dem von Marx und Lenin gegebenen Lehren zur Eroberung der politischen Macht, zum Sturz der bürgerlichen Herrschaft. Dieses Ziel ist nicht zu erreichen auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie. Die bürgerliche Demokratie ist ebenso der Feind der Arbeiterklasse wie jeder andere Staat, dessen Grundlage die kapitalistische Produktionsweise und die Herrschaft der Bourgeoisie ist. Der Weg zur Herrschaft der Arbeiterklasse führt nur über den Sturz des bürgerlichen Staates und die Errichtung der proletarischen Diktatur. In diesem Sinne kämpft die Kommunistische Partei mit allen Mitteln gegen das herrschende System. Auch die Beteiligung am Parlamentarismus ist für die Kommunisten nur Mittel zum Zweck der Förderung des Kampfes der Arbeiterklasse sowie aller Werktätigen unter der Demaskierung des Parlamentarismus als Instrument der bürgerlichen Klassenherrschaft. In dieser grundsätzlichen Abgrenzung unterscheiden sich die Kommunisten von den Sozialdemokraten, welche die betrügerische Illusion in der Arbeiterklasse verbreiten, daß es möglich sei, mit dem Parlamentarismus die politische Macht zu erobern.

Wenn im Parlament bestimmte Forderungen der Arbeiterklasse zum Gesetz erhoben werden, dann ist das nur ein Auswand für das Anwachsen der Kräfte des Proletariats. Jeder parlamentarische Erfolg der Arbeiterklasse kann nur das Ergebnis ihres politischen und militärischen Kampfes außerhalb des Parlamentes sein.

Jeder Schritt, den eine sozialdemokratische Minderheitsregierung gegen die Kapitalisten und die Reaktion unternimmt, wird von den Kommunisten unterstützt werden. Ebenso werden jedoch die Kommunisten jede Verletzung der Arbeiterinteressen

durch eine solche Regierung rücksichtslos bekämpfen. Die Führer der sächsischen Sozialdemokratie haben im Jahre 1923 den Angriff der Reaktion gegen die Arbeiterklasse unterstützt und mitgeholfen, daß die Arbeiter niedergeschlagen wurden; auch nach der Trennung von den Sozialisten haben sie durch ihr grundlegendes Einverständnis mit der Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik durch ihre arbeitserfindliche Stellungnahme zu den Fragen des Kampfes gegen die Auswirkungen der imperialistischen Rationalisierung, der Arbeitslosigkeit und der Forderungen der Gewerkschaften bewiesen, daß sie noch vor gewillt sind, jedem ernsthaften Kampf der Arbeiterklasse auszuweichen, ihn zu sabotieren und zu verraten. Deshalb ist die Stimmgabe der KPD für den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten nicht alleinbedeutend mit der Verpflichtung, die sozialdemokratische Minderheitsregierung zu unterstützen. Die KPD macht ihr Verhalten abhängig von der jeweiligen Situation und den Handlungen der Regierung. Falls es zur Wahl des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten kommt, wird die KPD ihre Stellung zur sozialdemokratischen Minderheitsregierung auf Grund der Regierungserklärung eingehend vor der Arbeiterklasse feststellen.

Die Kommunistische Partei erklärt, daß auch im Falle der Bildung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung sie den Kampf gegen die arbeitserfindliche Politik der sozialdemokratischen Führer unter den breiten Massen mit allen gebotenen Mitteln führen wird. Durch die Wahl eines sozialdemokratischen Ministerpräsidenten gibt die Kommunistische Partei den sozialdemokratischen Führern nochmals Gelegenheit, den wahren Charakter ihrer Politik vor den breiten Massen zu enthüllen.

Gegen die Bildung einer offenen oder verhänglichen Regierung des Bürgerblocks sowie gegen jede andere Koalition, auch gegen eine Koalition zwischen Sozialdemokraten und USPD werden die Kommunisten die Massen zum schärfsten Kampf mit dem Ziele des Sturzes der Regierung und der Auflösung dieses reaktionären Landtages mobilisieren.

Diese Gesichtspunkte sind für die KPD bestimmend bei der Stimmgabe für den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten.

Der Kongreß der proletarischen Einheitsfront

Von R. I. (Berlin.)

Ende dieser Woche tagen in Berlin zwei Kongresse, deren für die Entwicklung der proletarischen Einheitsfront in Deutschland außerordentliche Bedeutung zukommt: Die Reichskonferenz der Gewerkschaften und der Kongreß der Werktätigen. Beide Kongresse sind ein einheitliches Ganzes. Dies kommt in organisatorischer und in politischer Hinsicht zum Ausdruck. Die Delegierten der Reichskonferenz der Gewerkschaften wurden gleichzeitig als Delegierte zum Kongreß der Werktätigen gewählt und nehmen auch an diesem mit beschließender Stimme teil. Der leitende Gedanke in den Kämpfen der proletarischen Massen in Deutschland ist der, der Einheit der Interessen und der Kampfkämpfe sowohl der Arbeitenden als der Gewerkschaften. Deshalb wird die Konferenz der Gewerkschaften ihre Arbeit von den Gesichtspunkten der gesamten deutschen Arbeiterklasse leiten lassen, und der Kongreß der Werktätigen wird als eine seiner wichtigsten Aufgaben die konkrete Verbindung aller Kämpfe der Gewerkschaften mit denen der Betriebsarbeiter zu lösen haben.

Schon jetzt, da die Zahl der Delegierten noch nicht ganz bekannt ist, da noch zahlreiche Betriebe, zahlreiche Organisationen Stellung nehmen und ihre Vertreter wählen, kann gesagt werden, daß die beiden Kongresse gewaltige Demonstrationen des Willens der deutschen Arbeiterklasse zum einheitlichen Kampf und zu den Forderungen der proletarischen Einheitsfront sein werden. Nach vorläufiger Schätzung dürften an der Reichskonferenz der Gewerkschaften etwa 500 bis 600 Delegierte, am Kongreß der Werktätigen 1000 bis 1500 Delegierte anwesend sein. Um diese Zahlen in ihrer politischen Bedeutung beurteilen zu können, muß man zunächst berücksichtigen: erstens den Delegationsmodus, der für einen Delegierten 1000 bis 2000 Wähler reichte, und zweitens die gewaltige finanzielle Aufwendung, die in diesen Delegationskongressen liegt. Jeder Delegierte mußte von seinen Wählern finanziert werden. Der vorbereitende Ausschuss war nicht in der Lage, den Bezirksausschüssen irgendwelche Mittel zur Verfügung zu stellen. Wenn die deutschen Arbeiter trotz gewaltiger Massenarbeitslosigkeit, trotz sinkender Reallohnne einen beträchtlichen Kongreß finanzieren, so ist dies ein Zeichen, wie tief die Forderungen der proletarischen Einheitsfront in die Massen gedrungen sind.

Aber nicht nur diese Zahlen, auch die Zusammenfassung des Kongresses spricht eine laute Sprache. Die sozialdemokratischen und Gewerkschaftsführer wollten den Kongreß als „kommunistische Woche“ verzeichnen, als „kommunistischen Parteikongreß“, für den die breiten Massen der Arbeiterklasse kein Interesse haben dürfen. Schon jetzt kann man sagen, daß nur eine Minderheit des Kongresses aus Kommunisten bestehen wird. Seine große Mehrheit wird sich aus Delegierten parteiloser, sozialdemokratischer und sozialdemokratischer Arbeiter zusammensetzen, zahlreiche der großen deutschen Arbeiter-, Sport-, Kultur- und Kulturorganisationen haben ihre Vertreter angemeldet, zahlreiche Kommunen und große Organisationen der kleinen Bauern werden dem Kongreß keinen überparteilichen, den Klassencharakter der proletarischen Einheitsfront entsprechenden Ausdruck geben. Die Zusammenfassung des Kongresses bestätigt die Richtigkeit jener Hauptthesen, mit denen der vorbereitende Ausschuss die Bewegung einleitete und führte: Einheitsfront der ganzen Arbeiterklasse im Kampf um die entscheidenden Forderungen seiner Existenz; Achtstundentag und höhere Löhne; Bündnis des Proletariats mit allen verlassbaren Schichten des Volkes, insbesondere mit dem verzweifelnden Bauerntum; Fortführung des Kampfes für die restlose Enteignung der Rührten; einheitlicher Kampf gegen die imperialistische Rationalisierung und alle ihre Auswirkungen; Mobilisierung der breiten Massen gegen die imperialistische Politik der deutschen Bourgeoisie und gegen die Krieggefahr.

Die Reichskonferenz der Gewerkschaften ist die erste organisierte Zusammenfassung der Gewerkschaftsbewegung Deutschlands. Sie wird ihre Arbeit nach zwei Hauptgesichtspunkten führen müssen:

Die deutsche Massenarbeitslosigkeit trägt keinen vorübergehenden Charakter, sondern ist eine stehende Erscheinung, die den deutschen Kapitalismus bis zu seiner Zerstörung begleitet wird. Daran ändert auch nichts der Rückgang der Gewerkschaften, dieser in den letzten Monaten, der hauptsächlich auf die Konjunktur der deutschen Industrie infolge des entsetzlichen Bergarbeiterkampfes zurückzuführen ist. Die zweite entscheidende Tatsache ist die Sabotage der Gewerkschaftsbewegung und aller Gewerkschaftsforderungen durch die reformistische Bureaucratie. An sich wäre es Aufgabe des KPD, jene Aufgaben zu lösen, die sich die Gewerkschaften gestellt hat. Aber der KPD hat auch in der Gewerkschaftenfrage die Politik der Großindustrie betätigt. Seine Schuld und Verantwortlichkeit ist es, wenn die Zahl der Ausgesteuerten, jener, die nach vielen Monaten Gewerkschaftslosigkeit Anspruch auf Unterstützung verlieren, immer größer und größer wird. Seine Schuld ist es, wenn die Bourgeoisie drauf und dran ist, die deutsche Gewerkschaften für ihre in das Sklavensystem der „Kriegsindustrie“ und Gewerkschaftenwechsellagerung zu verwandeln. Seine Schuld ist es, wenn das Unternehmertum in der Lage ist, gewerkschaftliche Betriebsarbeiter wie Galerienströmlinge zu behandeln. Die erste Reichskonferenz wird sich von dem Verrat und der Sabotage der reformistischen Bureaucratie nicht auf falsche Wege bringen lassen, sie wird seine „Gewerkschaftenwechsellagerung“ ablehnen, aber sie wird die größten Anstrengungen machen, um die Mitglieder der freien Gewerkschaften zum Kampf für ihre Forderungen, die die Forderungen der gesamten deutschen Arbeiterklasse sind, zu mobilisieren. Die deutschen Gewerkschaften werden in

Vom Schundgesetz zur Koalition?

Während gestern die KPD-Regierung bei der Abstimmung über das Schund- und Schmutzgesetz in der Minderheit blieb, nachdem die Paragraphen 2 und 3 abgelehnt worden waren, hat die Regierung neue Verhandlungen begonnen, die das Ziel haben die Annahme ihres Schundgesetzes doch noch zu ermöglichen. Das Reichskabinett nahm zunächst Stellung, hinterher besprachen sich die Regierungsparteien. Wie das „Berliner Tageblatt“ zu melden weiß, will die Volkspartei eine „Berhandlung“ in der Art haben, daß das Zentrum einem vorkandidierten Antrag zustimmen soll, wonach im Reich drei Prüfkassen für Schund und Schmutz eingesetzt werden. Diese Prüfkassen sollen in Berlin, Leipzig und — wie zu erwarten war — in München ihren Sitz haben. Das „Berliner Tageblatt“ meint zwar noch, daß die Verhandlungen aussichtslos sind, weil die bürgerliche Volkspartei gegen jede Reichspräsidentenwahl und die demokratische Partei „Selbstverständlich“ an der von ihr vorgeschlagenen einen Reichspräsidenten festhalten würde.

Ach Gott, man kennt das. Die Demokraten sind solange konsequent, bis sie eben doch zugestimmt haben, und wenn auch die Berliner „Börsen Zeitung“ ihren Epithetonartikel zur Reichspräsidentenwahl überreicht. In die „Wolfschlaucht“ so leidet doch die Erklärung, daß das ein großes Geschrei ist, hinter dem wahrlich nichts steht.

Der in der Minderheit gebliebene KPD und seine übrigen Regierungsmitglieder gehen aber noch weiter. Sie wollen auch mit den Sozialdemokraten verhandeln. Der „Vorwärts“ bietet der Regierung die Hand dazu, der in seiner Abendausgabe vom Montag dem ehemaligen preussischen Innen- und Schloßherrenminister Heine das Wort gibt. „Der Rechtsstaat in Gefahr“, ruf Heine, um, nachdem er gegen das Gesetz geschrieben hat, festhält, daß es „wenn es nicht ganz fällt, durch zwingende Notwendigkeit über das Verbot erzwungen“ werden muß. Er meint damit, daß, nicht wie im Entwurf vorgesehen ist, die Aus-

führungsbefugnisse durch KPD und den Reichsrat erlassen werden, sondern bereits im Gesetz festgelegt werden müssen. Das ist die Grundlage für den Sozialdemokraten Heine für die Zustimmung zum Schund- und Schmutzgesetz des Normal-KPD.

Was aber wichtiger ist, als die Bereitwilligkeit des Sozialdemokraten Heine, ist die Absicht der Regierung, die Sozialdemokraten für die Zustimmung zum Arbeitschutzgesetz zu gewinnen. Darüber berichtet die „Berliner Volkszeitung“. Die Regierungsparteien, Raab, Curtius und Brauns besprachen am Montag abend nach der Plenarsitzung des Reichstages das Arbeitschutzgesetz. Für Dienstag nachmittags war eine Besprechung der Reichsregierung und der Regierungsparteien mit Vertretern der Sozialdemokratie vorgesehen. Das „Abkommen“ der sozialdemokratischen Führer mit der Regierung, wonach sie jedesmal „unterstützt“ werden, ist also in Kraft. „Nach Lage der Dinge erachtet es nicht ausgeschlossen, daß sich diese Besprechung auch auf die Frage der Regierungsbildung im Reich überaus auswirken wird.“ schreibt die „Volkszeitung“ und meint dazu: „es wäre erfreulich, wenn man die alles übertragende Frage der Koalitionserweiterung — trotz alledem! — nicht verdrängen ließe! Das Arbeitschutzgesetz bietet den besten Anlaß dazu, daß die Regierung auf eine dauerhafte, sichere Basis zu stellen.“

Von der „Rettung der Republik vor den Revisionisten“ durch die Sozialdemokratie, über die erst. Zustimmung zum Schund- und Schmutzgesetz, wenn es nicht ganz fällt, bis zu den Besprechungen über die Koalitionserweiterung aus Anlaß des schändlichen Arbeitschutzgesetzes ist ein Weg sozialdemokratischer Politik. Heute noch viel Geschrei gegen die Reichsregierung, wird morgen die sozialdemokratische Führerschaft launliche Töne blasen, wenn der Druck der Arbeiterklasse nicht daran hindert, mit fliegenden Fahnen in die Koalition zu gehen.

Der 1. Reichstongress des KPD

Der 1. Reichstongress trat vergangenen Sonnabend im Preussischen Landtag zusammen. Insgesamt waren 69 Delegierte vertreten...

Der Reichstongress trat am Sonntag im Preussischen Landtag zusammen. In der ersten Sitzung...

Am Sonntagmorgen wurde die Konferenz fortgesetzt. Die Reden der Delegierten...

Die Reden der Delegierten wurden fortgesetzt. Die Reden der Delegierten...

Die Reden der Delegierten wurden fortgesetzt. Die Reden der Delegierten...

Die Reden der Delegierten wurden fortgesetzt. Die Reden der Delegierten...

Die Reden der Delegierten wurden fortgesetzt. Die Reden der Delegierten...

Die Reden der Delegierten wurden fortgesetzt. Die Reden der Delegierten...

Die Reden der Delegierten wurden fortgesetzt. Die Reden der Delegierten...

Die Reden der Delegierten wurden fortgesetzt. Die Reden der Delegierten...

Die Reden der Delegierten wurden fortgesetzt. Die Reden der Delegierten...

Die Reden der Delegierten wurden fortgesetzt. Die Reden der Delegierten...

Die Reden der Delegierten wurden fortgesetzt. Die Reden der Delegierten...

Zeit für den Kuhhandel!

Erneute Verschleppung des Antrages auf Enthaltung Ewerts - Genosse Renner Vorsitzender des Rechtsausschusses - Wahl des Ministerpräsidenten resultatlos

Landtagsführung vom 30. November

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stehen die Wahlen zu den verschiedenen Ausschüssen, die Beratung über den kommunistischen Antrag auf Haftentlassung des Genossen Ewert...

Wahl der Ausschüsse: Grogmann, Wirth, Claus und Götting. Amnestie werden die Ausschüsse zusammengesetzt.

Im Prüfungsausschuss vertreten die KPD die Genossen Siegel und Beyer. Im Haushaltsausschuss A die Genossen Böttcher, Dr. Schminke und Beyer...

Nach der Wahl treten die Ausschüsse zusammen. Währenddessen wird die Sitzung auf 15 Minuten ausgesetzt.

Nach Wiedereröffnung beantragt Abgeordneter vom KPD (Köhl), sämtliche 3 Punkte von der Tagesordnung abzulehnen...

Um Ewerts Enthaltung. Amnestie tritt man in die Beratung des kommunistischen Antrages, der die sofortige Haftentlassung des Abgeordneten Ewert fordert.

In ausführlicher Rede weist Genosse Böttcher nach, welchen Sinn die Enthaltung Ewerts 2 Tage vor der Wahl hat.

Allen wegen politischer Verbrechen und Vergehen im Reichslande Sachsen abgeurteilten Personen wird - soweit die Straftat vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes begangen ist - Straffreiheit gewährt.

In diese Straffreiheit sind auch alle Verurteilten eingeschlossen, deren Straftaten von einer Amnestie ausgeschlossen waren.

Ausgeschlossen von dieser Straffreiheit sind Personen, die sich an Mordtaten oder Mordversuchungen der Schwärzen Reichswacht, der Organisation Conall, des Aufgebundes, des Berwölfs, der Olympia und der mit ihnen in Beziehung stehenden gleichartigen Verbänden als Täter, Anführer, Geldgeber oder Gehilfen beteiligt haben.

Karte nach Karte. Nach der Diskussion, in der noch sehr viel Material, besonders aus Süddeutschland, dem Rheingebiet und aus Schlesien zusammenkam...

Am Abend fand eine Abschiedsfeier der Delegierten in den Kuffertkeller statt, in der ihnen die Berliner Genossinnen noch einige Stunden, proletarischer Unterhaltung boten.

Hunger und Not trotz alledem. Auch die Sozialrentner müssen für ein besseres Leben kämpfen.

Schutz der Republik, der in Wahrheit nur eine Kapitulation zum Schutze des Geldes und zur Organisation des Terror gegen die kommunistische Partei ist.

Die Wahl des Ministerpräsidenten. Zeit erfolgt die Wahl des Ministerpräsidenten. Die SPD schlägt Hermann Feilner vor.

Darauf gibt Genosse Stewerz im Auftrag der kommunistischen Fraktion eine Erklärung ab, die wir an anderer Stelle der heutigen Nummer veröffentlichen.

Bei der Verkündung der Tagesordnung für die nächste Sitzung entpuppt sich eine längere Debatte, in der die Kommunisten die Abhaltung der nächsten Sitzung für Donnerstag, den 2. Dezember...

Für die Opfer der Klassenjustiz und des Ausbeutungssystems

Anträge der kommunistischen Fraktion im Sächsischen Landtag

Für die politische Amnestie in Sachsen

Der Landtag habe folgendes Gesetz beschließen:

§ 1. Allen wegen politischer Verbrechen und Vergehen im Reichslande Sachsen abgeurteilten Personen wird - soweit die Straftat vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes begangen ist - Straffreiheit gewährt.

§ 2. In diese Straffreiheit sind auch alle Verurteilten eingeschlossen, deren Straftaten von einer Amnestie ausgeschlossen waren.

§ 3. Ausgeschlossen von dieser Straffreiheit sind Personen, die sich an Mordtaten oder Mordversuchungen der Schwärzen Reichswacht, der Organisation Conall, des Aufgebundes, des Berwölfs, der Olympia und der mit ihnen in Beziehung stehenden gleichartigen Verbänden als Täter, Anführer, Geldgeber oder Gehilfen beteiligt haben.

§ 4. Straffreiheit wird auch gewährt wegen Jambherhandlungen gegen §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuches, soweit nicht bei der Verurteilung oder der Verurteilung des Urteils die Notlage oder Unerfahrenheit in wucherlicher Weise ausgebeutet oder eine über den Zweck der Handlungen hinausgehende Beschädigung der Gesundheit oder der Tod vorläufig oder schließlich herbeigeführt sind.

§ 5. Alle wegen politischer Verbrechen und Vergehen im Sinne des § 1 Abs. 1 und 2 dieses Gesetzes stehenden Verurteilten werden niedergelassen, wenn Verfahren wegen solcher Handlungen, die vor dem Erlaß dieses Gesetzes begangen sind, werden nicht mehr eingeleitet.

§ 6. Ausgenommen von dieser Niederlassung sind die im § 1 Abs. 3 benannten Tatbestände.

§ 7. Mit dem Bestreiten oder Bestehen der Schuldigen von den Justizbehörden die Amnestie verweigert, so steht ihm die Anwendung eines vom Landtag einzusetzenden Amnestie-Ausschusses zu. Der Ausschuss prüft die Urteile, Einstellungsbefehle und Akten der in den §§ 1 und 2 erwähnten Personen nach.

§ 8. Befehl der Justiz das Vorliegen eines politischen Delikts, so hat die Anwendung der Amnestie zu erfolgen.

§ 9. Straffreiheit tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tag in Kraft.

§ 10. Der Justizminister wird ermächtigt, die zur Auslegung und Ausführung der Verordnung erforderlichen Anordnungen zu erlassen; diese Anordnungen werden dem Landtag zur Kenntnis vorgelegt.

Für die Opfer der Böhmer Einkurzlatrakrophe

Anfrage

Eingegangen am 25. November 1926

Am 2. April 1925 ist im Staatswert Böhlen ein noch im Bau begriffener Schornstein zusammengestürzt.

Obwohl die KPD bereits am 7. April 1925 im Antrag Nr. 1248 die sofortige Verhaftung der Schuldigen verlangte, ist bis heute noch nichts geschehen.

Wir fragen deshalb die Regierung:

Was hat sie getan, um die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen?

In welcher Weise sind die Angehörigen der beim Unglück Getöteten bis jetzt entschädigt worden?

In welcher Weise hat die Regierung die Direktoren der Staatsbetriebe angemahnt, die Fortschritte der Arbeiter auf mehr Schutz bei den Staatsbauten zur Durchführung zu bringen?

Auf welchen Kosten ist der neue Schornstein in Böhlen errichtet worden?

Dresden, am 25. November 1926

Böttcher

und die übrigen Mitglieder der kommunistischen Fraktion.



Einige Zahlen aus dem Bericht über den Bau des Schornsteins in Böhlen.

Die Tabelle zeigt die Anzahl der Arbeiter, die an verschiedenen Tagen anwesend waren, sowie die Anzahl der Tage, an denen sie gearbeitet haben.

Die Tabelle zeigt die Anzahl der Arbeiter, die an verschiedenen Tagen anwesend waren, sowie die Anzahl der Tage, an denen sie gearbeitet haben.

Die Tabelle zeigt die Anzahl der Arbeiter, die an verschiedenen Tagen anwesend waren, sowie die Anzahl der Tage, an denen sie gearbeitet haben.

Die Tabelle zeigt die Anzahl der Arbeiter, die an verschiedenen Tagen anwesend waren, sowie die Anzahl der Tage, an denen sie gearbeitet haben.

Die Tabelle zeigt die Anzahl der Arbeiter, die an verschiedenen Tagen anwesend waren, sowie die Anzahl der Tage, an denen sie gearbeitet haben.

Die Tabelle zeigt die Anzahl der Arbeiter, die an verschiedenen Tagen anwesend waren, sowie die Anzahl der Tage, an denen sie gearbeitet haben.

Die Tabelle zeigt die Anzahl der Arbeiter, die an verschiedenen Tagen anwesend waren, sowie die Anzahl der Tage, an denen sie gearbeitet haben.

Die Tabelle zeigt die Anzahl der Arbeiter, die an verschiedenen Tagen anwesend waren, sowie die Anzahl der Tage, an denen sie gearbeitet haben.

Die Tabelle zeigt die Anzahl der Arbeiter, die an verschiedenen Tagen anwesend waren, sowie die Anzahl der Tage, an denen sie gearbeitet haben.

Die Tabelle zeigt die Anzahl der Arbeiter, die an verschiedenen Tagen anwesend waren, sowie die Anzahl der Tage, an denen sie gearbeitet haben.

Die Tabelle zeigt die Anzahl der Arbeiter, die an verschiedenen Tagen anwesend waren, sowie die Anzahl der Tage, an denen sie gearbeitet haben.

Die Tabelle zeigt die Anzahl der Arbeiter, die an verschiedenen Tagen anwesend waren, sowie die Anzahl der Tage, an denen sie gearbeitet haben.

Die Tabelle zeigt die Anzahl der Arbeiter, die an verschiedenen Tagen anwesend waren, sowie die Anzahl der Tage, an denen sie gearbeitet haben.

Die Tabelle zeigt die Anzahl der Arbeiter, die an verschiedenen Tagen anwesend waren, sowie die Anzahl der Tage, an denen sie gearbeitet haben.

Die Tabelle zeigt die Anzahl der Arbeiter, die an verschiedenen Tagen anwesend waren, sowie die Anzahl der Tage, an denen sie gearbeitet haben.

Die Tabelle zeigt die Anzahl der Arbeiter, die an verschiedenen Tagen anwesend waren, sowie die Anzahl der Tage, an denen sie gearbeitet haben.

Die Blutbilanz Mussolinis

Von Franz Wafeloh

Am 31. 3. 1919 gründete Mussolini die erste „Faschi“ in Mailand. Infolge der italienischen Revolution und Sozialdemokratie des Faschismus, wie auch infolge der Impotenz und des Verrats der reformistischen Arbeiterführer gelang es ihm bald, nicht nur die besten Elemente der bürgerlichen Gesellschaft, die Offiziere, Studenten, sondern auch das Kleinbürgertum und verschiedene entscheidende Schichten der Arbeiter ins Lager des Faschismus zu locken.

Am 28. 10. 1922 zog sich der „Marsch nach Rom“ und die Machtergreifung des Faschismus. Der fegesbräutete Mussolini verkündete den sozialen Frieden, die Ausöhnung der Klassen und ein Verbot für alle Bewohner der faschistischen Erde. Zeit nach vier Jahre der faschistischen Herrschaft vergangen und in diesen vier Jahren wüthete sich der Faschismus auch die letzten Aechen seines „sozialen Programms“ ab, führte ein Terrorregime, das freigelegten kaum in der Geschichte findet und wandelte das ganze Italien in ein einziges blutbestelltes Justizhaus um. Der „revolutionäre“ Faschismus verpupppte sich als der wüthende Hühnerhund des Industrie-Kapitalismus, Aufjagung, Verbot und Zerstörung der Arbeiterorganisationen und Gewerkschaften, Verbot der Streiks, Verbot der Arbeitsschließung, Ermüdung jeder freien Meinungsäußerung, diktatorische Schreckensherrschaft, das sind die Regierungsmethoden Mussolinis. Der blutige Schrecken von Matteotti und der vielen hundert ermordeten Arbeiter, Tausende der grauenhaften Misshandlungen und Folterungen, Abtötungen von Einkreuzungen begleiteten den Weg des Faschismus.

Die Empörung der italienischen Arbeiterschaft und der öffentlichen Meinung der ganzen westlichen Welt hat Mussolini am 30. Juli 1925 zu einer Amnestie gezwungen. Der „Duce“ schenkte in der Folge der politischen Großherzigkeit und Barmherzigkeit. Nun, die Bilanz dieser Amnestie war folgende: Ende Juli 1925 war der Amnestie war die Zahl der politisch Eingekerkerten in Italien 8850. Infolge der Amnestie wurden 1908 der politischen Gefangenen freigelassen. Die letzten Amnestierten haben die Gefängnisse noch nicht verlassen, als schon wieder eine schwarze Welle faschistischen Terrors einsetzte. In den zwei Monaten nach der Amnestieverordnung, im August und September 1925 wurden 429 Arbeiter von der faschistischen Polizei verhaftet und gegen Ende des Jahres saßen in den Kerker Italiens 10 445 politische Gefangene. Das ist die Bilanz der „großherzigen“ Amnestie Mussolinis.

Die großkapitalistische Einstellung des Regimes-Faschismus hat auch im Lager des Faschismus große Unzufriedenheit hervorgerufen. Eine harte Opposition der enttäuschten Kleinbürgerlichen Elemente lehnt sich gegen den „Duce“ auf. Die blutigen Zusammenstöße zwischen der Opposition und der Mehrheit der faschistischen Partei häufen sich von Tag zu Tag. Mussolini will nur die Unzufriedenheit der Opposition, wie auch der großen Massen außerpolitisch mit dem großen Säbelrasen, internistisch durch das abgeleitete Spiel der Entbedung „kommunistischer“ Verschwörungen und provozierten Attentate ableiten.

Die Verhaftung des Faschistengeheimes Ricciotti Garibaldi in Rom warf ein großes Licht in diese verbrecherische Verschwörung. Es wurde bewiesen, was ohnehin bekannt war, daß die Attentate gegen Mussolini größtenteils von der Polizei provoziert und organisiert werden, um dann eine neue wüthende Welle gegen die Arbeiterklasse, insbesondere gegen ihre revolutionäre Vorhut, gegen die kommunistische Partei, einzuleiten. Das ist auch der Schlüssel der legendenhaften „Maoerleichen“ Mussolinis.

Ein jedes der vier Attentate wurde durch maßlose Organe wüthendsten Terrors begleitet.

Das Wüten des Terrors in Verbindung mit diesen Attentaten besuchten folgende Zahlen:

Monat	Mord	Verurteilung	Verurteilung	Freiheitsstrafe	Freiheitsstrafe	Freiheitsstrafe
1. 3. 11 25	8	46	1420	2142	136	131
2. 7. 4 26	5	15	2560	316	8	3
3. 11. 2 22	9	23	990	1178	12	4

Über das vierte Attentat am 20. Oktober seien uns auch die Zahlen. Man kann aber schon jetzt sagen, daß die Terroristen nach dem vierten Attentat, das eine erschütternde Bronotatation war, an Grausamkeit den Terror nach allen früheren Attentaten überstiegen.

Die Einführung der Todesstrafe mit rückwirkender Kraft gegen politische Verbrechen, die Ausöhnung aller oppositionellen politischen Parteien und Organisationen, das Verbot der gesamten gegnerischen Presse legt offen die Krone auf und gibt gleichzeitig einen erschütternden Hinweis darüber, wozu „die Gleichheit“ eines unerschütterlichen Interesses führt, wozu „die Gleichheit“ des Faschismus im Jahre 1925 und in den ersten sechs Monaten des Jahres 1926:

Jahr	Mord	Verurteilung	Verurteilung	Freiheitsstrafe	Freiheitsstrafe	Freiheitsstrafe
1925	95	1800	11400	10000	1017	610
1. 1. 1926	34	173	11949	6500	es fehlen noch die Angaben	

Das sind die Zahlen der Klassenrettung und des sozialen Friedens, die Mussolini bei seinem Regierungsantritt dem italienischen Volke versprochen hat. Nach den vier Jahren seiner Herrschaft sieht der Faschismus vor dem vollkommenen moralischen und politischen Bankrott. Er sucht keine Herrschaft mehr auf die nackte Gewalt. Der faschistische Terrorwahnsinn teilt jetzt wahre Organe des Staates und lehnt sich an die gesamte revolutionäre Bewegung an, die sich öffentlich gegen internationale Völkerverrat und die ganze öffentliche Meinung der Welt wagt sich in dem gewaltigen Protest gegen die faschistische Hölle vereinigen und das Blut aus den Händen des Henkers Mussolinis schlagen.

Sportler, helft die Kapitalisten niederschlagen



Ämtliche Bekanntmachungen

Freitag
Freitag Freital.
Donnerstag, den 2. Dezember, Abends ab 8 Uhr vormittags der Verkauf von Rindfleisch in rohem Zustand auf der Freitagsmarkt in Stadteil Posthappel, Hof des früheren Rathauses, halt.
Preis pro Pfund 30 Pf.
Freital, am 1. Dezember 1926. Rat Freital.

Jeder Haushalt bereitet sich die Liköre, Rum, Weinbrand (früher Cognac) selbst
und spart bis zu 100 Prozent gegenüber fertig gekauften Likören.
Empfehle 125 verschiedenen Sorten Likör, Rum und Branntwein-Essenzen und stellen sich dazu für 1 Liter
96 Prozent Spiritus gerechnet bis Mk. 1.40 billiger wie Reichel-Essenzen
Verkaufsstelle von
96prozent, doppelt rektifiziertem prima Spiritus
nur in versiegelten Flaschen
Preis per 1 Liter Mk. 5.50
exklusive Flasche, Postversand nach allen Orten gegen Nachnahme. Ein Versuch überzeugt jeden von der Güte der Qualität.
Max Sirube, nur Wettinerstr. 25
Dresden-A 1 Fernruf: 28193

Wuge Eheleute! Alle gemäß. Bod.-Art. f. Männer, Frauen, Säuglinge / Gummiwaren, Spielappar. R. Freisleben, Dresden-A., Postplatz

V. O. Lichtspiele Schandauer Str. 73, Ecke Altenberger Str.
Ab Donnerstag bis mit Sonnabend (2. bis 4. Dezember)
Der Film, den jede Frau und jedes Mädchen, jede Mutter, jede Oaflin gesehen haben muß:
Die Verstoßenen
I. Teil: Der Eifersüchtige
Hierzu ein großes Besiprogramm
Neueste Wochenschau
ER - Harold Lloyd als Marathonläufer
Vorführungen: 7/7 und 7/9 Uhr
Verstärktes Orchester
Nur Donnerstags, zahlen Erwerblose halbe Preise

Theater am Wasaplatz
Donnerstag, den 2. Dezember, Abends 8 Uhr
Mein Leopold
Besetzung mit 8 Akteuren in 3 Akten von Wilhelm Ullrich
Donnerstag, den 4. Dezember, 8 Uhr
Urmittag:
Die spanische Fliege
Besetzung in 3 Akten von Ullrich und Hoff

Tymians Täglich
Das Thalia-8 Uhr
einziges Theater
wirkliche Volkstheater Dresdens
Vorzugskarten außer Sonntag gültig

Max Schubert
Tabakwaren
Freital-Döhlen
Untere Dresdner Straße 129

Konsumverein Pulsnitz
Die beliebten
Fett-heringe
zu dem spottbilligen Preise
4 Stck. zu 25 Pf.
sind in allen Verkaufsstellen zu haben.
Weitere Ladungen werden herangeholt

Schuhwaren!
Arbeitschuhe M. 6.50
Spornschuhe M. 12.50
Schulstiefel M. 12.75
Led. räumliche M. 6.90
Fellschuhe mit Schmalz M. 5.50
Aktentische, led. M. 5.50
u. v. v.
nur Am See 11 bei G. Fisch Nachf.
XXXXXXXXXXXX
Damen-Räder
Allright, Cito, Witter und andere Marken zu verkaufen auf Teilzahlung
Stephansstraße 46
Willy Hetzer
Puppenstuhntabele
Ewald Klinge
Pirma, Lange Str. 17
XXXXXXXXXXXX
Alle **Weihnachts-Bäckwaren** billigt
Wilhelm Daege
PIRNA

Mifa — Urania
u. Spezial-Fahrräder - günst. Bedingungen, billige Preise
Hermann, Thorandter Str. 72
XXXXXXXXXXXX
Hermann Müller, Inh. Karl Hahnemann
Freital-P., Unt. Dresdner Str. 66, Tel. 313
Bau- und Lustfahrwerk
Kutschen- und Lastfahrwerk
Stahlböden, brennende Werkstoffe, Bricks, Holz, Holzbohlen, Benzin

Konsumverein Pulsnitz
Weihnachtsstollen
Mandel-, Rosinen-Stollen
zu 3.—, 3.50 und 4.— M.
Die bekannten vorzüglichsten Weihnachtsstollen liefern wir auch dieses Jahr. Bestellungen bitten wir sofort in den Verkaufsstellen aufzugeben.

Die gute Uhr vom guten Fachmann!
ca. 200 Stück Auswahl von M. 10.— bis 600.—
Emil Kern, Uhrmachermeister
Dresden-Altschloß, Friesenstraße 1.
(Moritzstraße — Laubhainstraße)

MIFA
das anerkannte
Qualitäts-Fahrrad
empfiehlt
WILLY HETZER, Stephansstraße 46
Mähmaschinen
1a Marken für Klein- und Grotterbau verkauft
gegen 3-Monat-Wochenraten
Auf Wunsch ohne jede Anzahlung.
Offerten unter A. 110 an
Schreibkabinett Dresden-Zentrum

Der Heldenkampf der Bergarbeiter

Von R. Palme Dutt.

Die Tage im Kampf der britischen Bergarbeiter sind nicht überlebend. Wir der überwiegenden Mehrheit...

Selbst angesichts dieses unerhörten Verrates bezogen alle Anzeichen, daß der Kampf der Bergarbeiter weiter...

Die Ablehnung der Bedingungen der Regierung durch die Bergarbeiter trotz der Empfehlung der Reichsdelegierten-Konferenz...

Als einziger Ausnahme des Bezirks Yorkshire (in dem es eine sehr kleine Mehrheit für die Annahme gab)...

Trotz dieser überwältigenden Abstimmung der Bergarbeiter legte die Delegierten-Konferenz am 19. November...

Am folgenden Tag wurden sechs Richtlinien festgelegt: Die wesentlichen die Erhaltung des Verhältnisses der Löhne...

Es muß bemerkt werden, daß die Reichsdelegierten-Konferenz nicht von den gewerkschaftlichen Ortsgruppen...

Man muß sogar den britischen Gewerkschaftsapparat übergehen und sich unmittelbar an die Mitglieder wenden...

Die Delegierten-Konferenz verjagte ihre Panik mit der Rückkehr von Bergarbeitern zur Arbeit zu rechtfertigen...

aber nicht es damit vollständig? Selbst in den, wie nachgewiesen, übertriebenen Zahlenangaben der Regierung...

Der rechte Flügel ist durch den Kampf gezwungen worden, offen aufzutreten. Der parlamentarische Bergarbeiterführer...

Die große Offensive gegen die Kommunisten. In allen Amtsblättern der deutschen Gewerkschaftsbürokratie...

Die große Offensive gegen die Kommunisten

Diese Entwicklung leidet nicht von ungefähr; schon seit langem leben die Verhandlungsinstanzen mit Besorgnis...

Die leitenden Gewerkschaftsinstanzen denken gar nicht daran, einen anderen Kurs noch vorzuschlagen...

Antreiber einer Verbindung der SPD mit dem Bürgerblock...

Das neuerliche Vordringen der Gewerkschaftsopposition ist ja nicht allein eine organisatorische Frage...

Wenn aber auch die kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder den Forderungen nicht den so sehr erwünschten Anlauf...

Kopfarbeiter!



Auch eure Forderungen vertritt der Kongreß der Werttätigen

weltigung der Mitgliederzahlen darstellt, wie sie in der Gewerkschaftsgeschichte ihresgleichen suchen kann...

Gewerkschaftliches

Der Zentralverband der Angestellten teilt uns mit: Die Staatsofferte auf Grund der Verhandlungen...

Selbmann's Haferkakao

Plund Grenadierstraße 60 Pl. und Filialen

Die Menschenfreunde in zerlumpte Hosen

Von Robert Treslat. (72. Fortsetzung)

Der erste Schritt in dieser Richtung wäre die Errichtung von Pensionskassen, in denen alle von der Nation oder den Gemeinden...

Der nationale Kleinvertriebsdienst würde nur zum Wohl jener vorhanden sein, die in öffentlichen Diensten stehen...

Da die nationalen Lager tatsächlich alles vorrätig haben würden, was man anderswo bekäme...

würde in Bearbeitung genommen werden und Staatsfabriken würden eingerichtet zur Herstellung von allem Angenehmen...

Alle Arbeitslosen, die müßig wären, würden auf diesen Gütern und in diesen Fabriken Arbeit erhalten.

Wenn die Leute, die dort arbeiten, nicht unnötig schwer arbeiten zu lassen, und um ihre Arbeitszeit so kurz wie möglich zu machen...

Staatsoffiziere-Noten werden gegründet werden, und die Menge aller erzeugten Dinge wird so groß sein...

Die sozialistische Verwaltung wird nun eine Handelsflotte kaufen oder bauen...

demant wird, so wie die königliche Flotte heute. Diese Flotte von nationalen Handelsschiffen wird die erwähnten Ueberfälle...

Ein anderer Weg, um die Ueberproduktion zu vermeiden, wäre der, zahlreichen Arbeitern nur Dinge herstellen zu lassen...

Die Privatunternehmen würden allmählich herausfinden, daß keiner mehr für sie arbeiten würde...

(Fortsetzung folgt.)

